

Antrag

der Abgeordneten Hansjörg Müller, Steffen Kotré, Enrico Komning, Leif-Erik Holm, Dr. Dirk Spaniel, Rainer Kraft, Siegbert Droese, Armin-Paulus Hampel, Mariana Iris Harder-Kühnel, Jörn König, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Christoph Neumann, Jürgen Pohl, Uwe Schulz, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Nationale Reserven für kritische Materialien, wie Seltene Erden, anlegen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die deutsche Wirtschaft hat ihre Stärke in der Produktion von hochwertigen Endprodukten. Hieraus ergibt sich ein Bedarf an Vorprodukten im Sinne einer Lieferkette. Ausgangspunkte von Lieferketten sind Vorprodukte, aber auch Rohstoffe. Die deutsche Wirtschaft ist darauf angewiesen, dass Lieferketten, die zu ihren Endprodukten hinführen, krisenfest sind und nicht unterbrochen werden. Entsprechend gehört dazu auch ein nationales Vorsorgekonzept für schwer zu substituierende Rohstoffe. Dieses ist einzubetten in die deutsche Wirtschaftsstrategie als Grundlage deutscher Wirtschafts- und Industriepolitik im Sinne der Bundestagsdrucksache 19/20680 (Antrag der AfD „Lieferketten schützen – Heimische Wertschöpfung steigern – Unterstützung von Unternehmen zur vereinfachten Produktionsrückverlagerung nach Deutschland“). Zu prüfen ist in diesem Sinne auch, inwieweit Rohstoffvorräte und Produktionskapazitäten im Inland oder in liefersicheren Nachbarstaaten vorzuhalten sind.

Die besondere Bedeutung bestimmter Materialien leitet sich weniger aus ihrem Mengenbedarf, sondern aus ihren besonderen physikalischen oder chemischen Eigenschaften ab. Sie sind somit für die letztendliche Funktionsfähigkeit des ganzen Produktes unverzichtbar und nicht oder nur mit Einschränkungen substituierbar. Kritische Materialien, wie Seltene Erden, sind dadurch gekennzeichnet, dass sie für viele Endprodukte unserer Wirtschaft, insbesondere im High-Tech-Sektor, von entscheidender Bedeutung sind, sich ihre Förderung bzw. Produktion auf weltweit wenige Produzenten konzentriert und die zwar nur in geringen Mengen benötigt werden, jedoch nicht substituierbar sind. Sie stellen hierdurch einen Flaschenhals dar. Deutschland muss darauf achten, dass aus dieser direkten oder indirekten Abhängigkeit keine Situation entsteht, in der es durch fremde Mächte erpressbar wird oder spekulativen Preisspitzen ausgeliefert ist.

Bei Seltenen Erden ist China nahezu komplett dominierend (ca. 85 %), weswegen die USA hier bereits Notprogramme zur Förderung und Akquise von Seltenen Erden für ihre High-Tech-Militärprodukte begonnen haben.^{1, 2}

Aber auch ohne geopolitische Erwägungen ist in der kommenden Dekade mit einer deutlich verengten Marktsituation bei diesen kritischen Materialien zu rechnen, was sowohl weitere Preissteigerungen als auch spekulationsgetriebene Preisspitzen, wie bspw. im Moment bei dem Platingruppenmetall Rhodium, befeuern kann.

In Summe droht dies die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aus einer Reihe von Erwägungen zu unterminieren. Erstens können deutliche Preisveränderungen zu einer erheblichen Beeinflussung der Kosten gewisser Produkte führen, weil Seltene Erden in den letzten Jahren bereits Schwankungen von bis zu +/- 25 % aufwiesen. Hier ist zwar „Hedgen“ auf Finanzmärkten eine begrenzte Möglichkeit dies abzufedern, allerdings fördert dies auch wiederum das Spekulantentum auf diesen Märkten.

Zweitens macht diese Abhängigkeit die deutsche (Export-)Wirtschaft geo- und handelspolitisch erpressbar. Die deutsche Wirtschaft hat in Zukunftstechnologien einen steigenden Bedarf an diesen kritischen Materialien, ob diese nun staatlich beschlossene Zukunftstechnologien sind, wie bspw. die alternativen Stromerzeuger oder ob es sich um marktgetriebene Zukunftstechnologien im High-Tech-Sektor handelt.

Drittens ist es generell problematisch, wenn Systeme zu stark auf einen einzelnen Aspekt optimiert werden, denn dann haben diese Systeme zu wenig Widerstandskraft gegen exogene Störungen. Daher offenbart auch die aktuelle Krise mit ihrer Lieferkettenunterbrechung, dass eine zu starke Optimierung des Systems auf „Just-in-Time“ dieses zu anfällig für die Handelsstörungen macht. So können bereits internationale Lieferkettenunterbrechungen durch exogene Schocks zu einer Beeinträchtigung der Versorgungssituation führen, ganz ohne bössartige Absichten ausländischer Akteure.

Planen wir, auf internationaler Ebene durch den Export zukunftsweisender Produkte wirklich führend zu bleiben oder wieder zu werden, ist es notwendig, unsere Schockanfälligkeit bei entscheidenden kritischen Materialien drastisch zu reduzieren.³ Es ist nicht ausreichend, durch diverse Handelsverträge nur den Absatz solcher Materialien zu fördern, wenn nicht gleichzeitig die (kostengünstige) Produktion sichergestellt wird.

Normalerweise wäre der Ansatz entweder die Förderung bzw. Produktion vertikal zu integrieren (bspw. durch langfristige staatspolitische Verträge oder strategische Partnerschaften) oder außenpolitisch darauf zu achten, dass keine zu starke Abhängigkeit von einem oder wenigen Anbietern, lies: Staaten, vorliegt. Da in Hinblick auf diese Materialien beide Ansätze auf absehbare Zeit international als unrealistisch einzustufen sind, drängt sich eine dritte Option auf, nämlich die nationale Bevorratung von Reserven zur Abfederung von Angebotsschocks.

Leider herrscht in dieser Causa eine gefährliche Lethargie in der deutschen Handelspolitik: So hatte in der Vergangenheit beispielsweise die Russische Föderation der Bundesregierung bereits das Angebot gemacht, Seltene Erden auf der Kola-Halbinsel zu fördern, wo gewaltige Vorkommen liegen. Hierauf wurde von Seiten der Bundesregierung leider nicht eingegangen.⁴

¹ <https://worldview.stratfor.com/article/geopolitics-rare-earth-elements>

² www.baystreet.ca/articles/stockstowatch/61949/Rare-Earth-Miners-are-Staging-a-Comeback-to-Eliminate-Chinas-Dominance

³ <https://energiesysteme-zukunft.de/themen/metalle-fuer-die-energiewende>

⁴ www.handelsblatt.com/politik/international/seltene-erden-russland-will-mit-deutschland-kooperieren/4405302.html

Behalten wir in der Beschaffungssituation dieser kritischen Materialien unsere töneren Füße bei, könnte bspw. China uns bei diversen High-Tech-Produkten aus dem Markt verdrängen, indem es die kritischen Materialien durch langfristige Exklusivlieferverträge mit Lieferstaaten monopolisiert und anschließend uns diese Materialien versagt bzw. diese verteuert und vorrangig die eigene Produktion damit versorgt. Eine staatlich orchestrierte Wirtschaft wie die chinesische kann dies auch. Ebenso zeigen sich der mögliche Wille und die Methodik so vorzugehen, um Wettbewerbsvorteile zu erringen, durch einen Blick auf die analog disruptiven Ansätze, welche China im Bereich der Elektromotoren gegen die deutsche Automobilindustrie führt. Ein weiteres Beispiel war die absichtliche Verknappung des Exports von Seltenen Erden an Japan durch China im Rahmen des Inselstreits 2010.⁵

Daher schlagen wir die Gründung einer Rohstoffgesellschaft oder eine Ergänzung der Tätigkeiten der Deutschen Rohstoff AG vor. Mittels KfW-geförderter Kredite und begrenzter öffentlicher Bezuschussung bei der Lagerung, hat diese nach Identifikation des durchschnittlichen jährlichen Bedarfs der diversen Seltenen Erden und anderer kritischer Materialien in den nächsten Jahren sukzessive Lagerreserven dieser Elemente in Höhe des gesamten Jahresverbrauchs des Verbrauchs von Unternehmen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland aufzubauen und sodann zu halten. Es sollte ihr aus privatwirtschaftlichen Erwägungen erlaubt sein, international auch Verkäufe dieser Materialien zu tätigen, wobei der deutsche und nachrangig der EU-Markt zu bevorzugen und dabei stets die definierten Mindestreserven einzuhalten sind. Ebenfalls kann diese Gesellschaft im Rahmen von privatwirtschaftlichen Tochterunternehmen Recycling-Ansätze zur Beschaffung oder Bevorratung nutzen. Alle zwei Jahre sollte sodann eine Re-Evaluierung des jährlichen Bedarfs der deutschen Wirtschaft durchgeführt werden, welche die notwendigen zu haltenden Reserven neu definiert.

In Krisensituationen kann sodann ein sukzessiver Verkauf der Reserve einzelner oder diverser Materialien an Unternehmen innerhalb Deutschlands erfolgen, womit es diesen erlaubt, internationale Preisspitzen oder Lieferkettenunterbrechungen abzufedern oder die deutsche Politik vor außen- bzw. handelspolitischen Erpressungsversuchen zu schützen, bzw. diese durch das Bestehen der Reserve im Vorhinein zu verhindern.

Die staatliche Hilfestellung und Planleistung wäre eine nützliche Ergänzung zum Marktmechanismus, denn gerade dessen Störung durch staatliche Handlungen anderer Nationen soll für die deutsche Wirtschaft abgefedert werden. Zudem mindern wir die Möglichkeit einer geo- und handelspolitischen Erpressbarkeit Deutschlands. Es ist im öffentlichen Interesse, hier die Unabhängigkeit der Wirtschaft, ihrer Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit für die Bewohner der Bundesrepublik Deutschland zu fördern.

Es ist weder ratsam, noch notwendig, diesen Lösungsansatz auf EU-Ebene zu realisieren, da uns gerade COVID-19 lehrte, wie schnell in Krisensituationen auch in der EU sehr national gedacht wird. Entsprechend muss in Krisensituationen die Versorgung der deutschen Wirtschaft im Vordergrund stehen. Selbstverständlich kann davon unabhängig auf europäischer Ebene der analoge Ansatz anderer EU-Mitgliedstaaten unterstützt werden: einerseits im Sinne der gesamten EU-Wirtschaftskraft in Krisenzeiten, andererseits zum möglichen Handelsaustausch zwischen diesen nationalen Rohstoffgesellschaften im Rahmen von Reserveanpassungen.

⁵ www.heise.de/tp/features/Handelskrieg-um-Seltene-Erden-3387571.html

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. dem Bundestag eine jährlich zu überarbeitende Wirtschaftsstrategie vorzulegen, in der Importabhängigkeiten und Rohstoffbedarfe dargelegt und bewertet werden;
 2. dem Bundestag einen Bericht zum jährlichen Bedarf der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland an Rohstoffen und kritischen Vorprodukten mit Fokus auf die Elemente Seltener Erden und sonstiger kritischer Materialien, z. B. der Platinmetalle (Ruthenium, Rhodium, Palladium, Osmium, Iridium und Platin), vorzulegen. Dieser Bericht soll auch aufzeigen, wie die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit den kritischen Materialien im Sinne dieses Antrags sichergestellt werden soll;
 3. einen Gesetzentwurf vorzubereiten, welcher sowohl eine Bevorratung i. H. v. mindestens eines Jahresbedarfs der deutschen Wirtschaft an diesen Materialien sicherstellt als auch die Modalitäten der regulären Geschäftstätigkeit, des Notverkaufs dieser Reserve sowie der finanziellen Mittelversorgung des damit beauftragten Unternehmens in einer geeigneten Zusammensetzung öffentlicher und privatwirtschaftlicher Anreize und Mechanismen regelt. Hierfür soll ein Gesamtbudget in Höhe von ca. 200 Mio. Euro gebildet werden, welches innerhalb von vier Jahren für den Ankauf und die Bevorratung kritischer Materialien eingesetzt werden kann.

Berlin, den 9. März 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Ein vorausschauendes Handeln ist für eine nachhaltige (Wirtschafts-)Politik unverzichtbar. Hier droht Ungemach für den Fall, dass wir unseren Abhängigkeiten bei kritischen Materialien nicht mit sinnvollen Mechanismen begegnen. Jeder Versuch, international wettbewerbsführend zu werden, in bspw. diversen „Grünen Technologien“, kann durch die deutliche Abhängigkeit dieser Produkte gegenüber schwer oder nur ineffizient substituierbaren kritischen Materialien durch Konkurrenznationen unterminiert werden, sofern diese auch über diese Materialien verfügen. Wie leicht sich erhebliche Teile der deutschen Wirtschaft durch Materialmangel abwürgen lassen, lehrt die deutsche Geschichte der letzten 107 Jahre hinlänglich. Auch die außen- und wirtschaftspolitischen Gefahren von Monopolen bei kritischen Materialien einer Wirtschaft sind in der internationalen Wirtschaftsgeschichte ausreichend bewiesen. Dies setzt Deutschland als Nation sowie unsere Wirtschaft geo- und handelspolitisch an den kürzeren Hebel und macht uns erpressbar.

Die einzige Option hier momentan eigenverantwortlich Abhilfe zu schaffen, ist die nationale Bevorratung. Da wir allerdings dies nicht den Unternehmen zumuten können, da diese weder die Mittel, noch aus kurzfristigem Denken heraus, einen Anreiz haben, dies zu tun, muss der Staat unsere Wirtschaft vor den marktverzerrenden Handlungen anderer Staaten schützen. In Folge schützt er sich damit auch selbst vor internationalen Erpressungsversuchen.

Ein Aufbau solcher Vorräte kann sukzessive erfolgen und hat somit nur begrenzte Auswirkungen auf die Marktpreise durch die gestiegene Nachfrage verursachen. Zudem würden moderat steigende Marktpreise die Förderung aus neuen oder bisher weniger lukrativen Lagerstätten weltweit beschleunigen, was die Anzahl der produzierenden Nationen vorsorglich steigert und somit auch die Abhängigkeit schneller in unserem Sinne reduziert. Seltene Erden sind nicht so selten, doch ihre Förderung lohnt nur an wenigen Stellen, an denen sie in einer hinreichenden Konzentration und mit einer geeigneten chemischen Beschaffenheit vorkommen.

Da eine (teilstaatliche) Gesellschaft, welche auch in Normalzeiten Geschäfte tätigen sollte, nicht nur darauf ausgerichtet sein sollte, Lagerreserven zu erwerben, müssen zumindest privatwirtschaftliche Anreize integriert werden, damit diese Gesellschaft auch jenseits ihrer Reserven Akquise und Verkauf tätigen kann, wobei somit zeitliche Arbitragegewinne möglich werden – letzteres insbesondere wegen grundsätzlich steigender Preise bei kritischen Materialien oder auf Grund von zeitlichen Schwankungen, die so gewinnbringend genutzt werden können.

Bei Zeitpunkt und Methodik der Beschaffung, sollte dieser Gesellschaft freie Hand gegeben werden, um Kostenvorteile zu nutzen oder auch neuartige Recyclingmöglichkeiten zu fördern bzw. vielleicht sogar vertikal in der Gesellschaft zu integrieren.

Befürwortern der reinen Marktlösung, welche eine solche Bevorratung für unnötig erachten, ist hier zu entgegen, dass die reine Marktlösung bei kritischen Materialien grundsätzlich nicht geeignet ist, da das Angebot bei wenigen Akteuren (Nationen) konzentriert ist, ergo Marktversagen vorliegt. Diese fremden Staaten können relativ einfach und unabhängig voneinander massiv marktverzerrend intervenieren, um diese Märkte zu drosseln. Daher sollte es das Ziel unseres Staates sein, solche staatlichen Interventionen präventiv und defensiv abzufangen und unserer Wirtschaft hierdurch sekundierend im Markt zur Seite zu stehen.

